



Österreichischer
Städtebund

Rathaus, 1082 Wien

Telefon +43 (0)1 4000 89980
Fax +43 (0)1 4000 7135
post@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:
00-01-(2018-2867)

bearbeitet von:
Mag. Puchner DW 89994 | Manuela Scholz

elektronisch erreichbar:
oliver.puchner@staedtebund.gv.at

Bundesministerium für Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

team.z@bmvrdj.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 15. Jänner 2019

**Zivilrechts- und Zivilverfahrensrechts-
Änderungsgesetz 2019 – ZZRÄG 2019;
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Ihrem mit Schreiben (BMVRDJ-Z4.000/0011-I 1/2018) vom 5.12.2018
ausgesandten Entwurf zu einem Zivilrechts- und Zivilverfahrensrechts-
Änderungsgesetz 2019 – ZZRÄG 2019 nimmt der Österreichische Städtebund
wie folgt Stellung.

Artikel 4 - Änderung des Gerichtsgebührengesetzes

Da der Verweis in § 13 GGG nur § 1 des Art 34 Budgetbegleitgesetz 2001
anführt, sollte dieses Zitat wie folgt angepasst werden:

**In § 13 Abs. 1 GGG wird die Wortfolge „Art 34 § 1
Budgetbegleitgesetz 2001“ durch „Art 34 Budgetbegleitgesetz
2001“ ersetzt.**

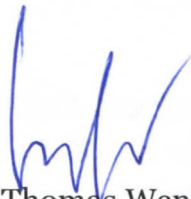
Insbesondere die Grundbuchs-Eintragungsgebühren in Höhe von 1,1 % des
Wertes der betroffenen Liegenschaft stellen eine erhebliche Belastung von
Restrukturierungsmaßnahmen, vor allem hinsichtlich
Grundstückstransaktionen, dar. Aufgrund der Entscheidung des
Verwaltungsgerichtshofes vom 20.3.2018 (Ro 2017/16/0018) und den daraus
entstandenen Unklarheiten, wird eine Klarstellung der Rechtslage im

aktuellen Entwurf des Gerichtsgebührengesetzes in Bezug auf das Verhältnis der § 10 und § 13 zu Art VI Z 28 GGG angeregt. Um das Verhältnis zwischen den in den § 10 und § 13 GGG angeführten persönlichen und sachlichen Gebührenbefreiungen zu Art VI Z 28 ausdrücklich klarzustellen, könnte diese etwa **wie folgt abgeändert** werden:

*„Z. 28 In gesetzlichen Vorschriften vorgesehene persönliche oder sachliche Befreiungen von den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren, die nach dem 31. Dezember 2001 in Kraft getreten sind, sind unwirksam, soweit dem Staatsverträge nicht entgegenstehen. Ausgenommen hievon sind **„die in § 10 und § 13 angeführten Befreiungen und“** die Befreiungen von den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren nach....“*

Der Österreichische Städtebund ersucht, die Anregungen aus der Praxis unserer Mitglieder aufzugreifen.

Mit freundlichen Grüßen



OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS

Generalsekretär